

Geht Ihre Bank

in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen? Dieser alte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft! Unterschreiben Sie! www.kirchensteuer-zh.ch



Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

50-JAHR-JUBILÄUM DES SCHWEIZERPSALMS

50 Jahre Schweizerpsalm

Bundesrat Ueli Maurer hielt am 12. November 2011 die Ansprache anlässlich des Festkonzerts zum 50-Jahr-Jubiläum des Schweizerpsalms in der reformierten Kirche Bäretswil. Der Zürcher Bote druckt die Rede von Bundesrat Maurer ungekürzt ab.



UELI MAURER
BUNDESRAT SVP
WERNETSHAUSEN

Vor 50 Jahren, 1961, beschloss der Bundesrat, der Schweizerpsalm sei die neue offizielle schweizerische Nationalhymne. Allerdings vorerst nur mal provisorisch.

Nach dreijähriger Probezeit sprachen sich zwölf Kantone zugunsten des Schweizerpsalms aus, während sieben für eine verlängerte Probezeit plädierten und sechs das Lied als Staatssymbol ablehnten.

Trotz des zwiespältigen Ergebnisses wurde 1965 die vorläufige Anerkennung des Schweizerpsalms als Nationalhymne bestätigt, diesmal unbefristet. Das Provisorium liess der Bundesrat erst 10 Jahre später fallen, ohne jedoch ein späteres Rückkommen ganz auszuschliessen.

Vor 30 Jahren dann, am 1. April 1981, wurde der Schweizerpsalm endgültig zur Nationalhymne.

Wie der Schweizerpsalm entsteht
Das sind aber nur die jüngsten Entwicklungen, denn die Geschichte des Schweizerpsalms ist älter. Sie führt uns zurück in die Jahre vor der Gründung unseres Bundesstaates von 1848.

Die Entstehung des Schweizerpsalms ist landestypisch: Er wurde nicht im Auftrag einer Regierung verfasst, es gab keine nationale Expertenkommission und natürlich auch keinen Hofkapellmeister wie in den monarchischen Staaten, der als Komponist in Frage gekommen wäre.

Damit stehen Sie, die Sie diese würdige Feier hier organisiert haben und das 50-Jahre-Jubiläum mit verschiedenen Veranstaltungen begehen, in dieser besten Tradition unseres Landes:

Das Wichtigste und Schönste wird selten vom Staat, sondern meist auf private Initiative hin von tätigen Leuten aus dem Volk geschaffen.

So auch der Text und die Melodie unserer heutigen Nationalhymne. Der Schweizerpsalm ist das Gemeinschaftswerk zweier Männer, die unterschiedlicher nicht hätten sein können:

Alles beginnt um 1840 in der Zürcher Altstadt, in einem Lithographiegeschäft an der Marktgasse 10. Die Marktgasse finden Sie am Limmatquai auf der Höhe der Tramhaltestelle Rathaus; die Nr. 10 kommt, von der Limmat her gesehen, gerade nach dem Samen-Mauser. Dort verlegt der Geschäftsinhaber, Leonhard Widmer, Noten volkstümlicher Lieder und hat sich damit einen Namen gemacht.

Zu Widmers Kunden zählt auch der Kapellmeister des Klosters Wettingen, Pater Alberik Zwysig.

Die beiden Männer teilen die grosse Freude am Gesang. Daraus entwickelt sich eine Freundschaft und Zusammenarbeit über alle gesellschaftlichen und politischen Gegensätze hinweg. Wie so oft, wirkt auch hier die Musik verbindend. Diese verbindende Kraft, die wir wohl alle schon selbst in unserem Leben kennen gelernt haben, hat bei Widmer und Zwysig eine historische Dimension: Sie ermöglicht den Brückenschlag zwischen reformiert und katholisch, zwischen Stadt und Land, zwischen zwei grundlegend verschiedenen Weltanschauungen.

Irgendwann im Sommer 1841 lässt Widmer, der gerne dichtet, seinem Freund einen neuen Liedtext zur Vertonung zukommen. Zwysig wählt einen Messesgesang, den er einige Jahre früher für den Amtsantritt eines neuen Seelsorgers in der Dorfkirche Wettingen komponiert hatte. Dieses Gra-

duale «Diligam te Domine» (auf Deutsch: «Ich will Dich lieben, Herr»), also ein Zwischengesang aus der katholischen Messe, fügt er mit den Reimen Widmers zum Schweizerpsalm zusammen.

Widmer und Zwysig – zweierlei Schweiz

Diese Entstehungsgeschichte und dieses gemeinsame Wirken ist umso erstaunlicher, wenn man die Überzeugungen und Lebenswege der beiden Männer ansieht:

Da ist zum einen der fortschrittsfreudige, radikal-liberale Leonhard Widmer. Er wird am 12. Juni 1808 auf

einem Hof in Feldmeilen geboren. Nach der Schule macht er eine kaufmännische Lehre bei einer Seidenwarenfabrik am Rindermarkt in Zürich. Später ist er als Kaufmann und als Lithograph tätig. 1839 wird Widmer streitbarer Redaktor der neuen, wöchentlich erscheinenden freisinnigen Lokalzeitschrift «Das Neumünster-Blatt».

Und da ist zum andern Johann Josef Zwysig. Er wird am 17. November 1808 in Bauen im Kanton Uri geboren. Sein Vater ging, ganz in der Tradition des Ancien Régime, in – je nach Quelle – holländische oder neapolitanische Kriegsdienste, aus denen er nie mehr zurückkehrte. Als 13-jähriger tritt Johann Josef in die Klosterschule von Wettingen ein. Nach seiner Novizenzeit bekommt er den Mönchsamen Alberik; 1832 erhält er die Priesterweihe und wird zum Kapellmeister ernannt.

Wollte ein Regisseur oder Schriftsteller die gesellschaftlichen Verhältnisse und politischen Kräfte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Bühnen- oder Romanfiguren veranschauli-

chen, er könnte keine besseren Charaktere erfinden, als die Wirklichkeit sie erschaffen hat: Widmer und Zwysig stehen für den grossen Gegensatz der damaligen Zeit, sie stehen für die neue und für die alte Schweiz.

Die neue Schweiz bedeutet: Freie, gleichberechtigte, vollwertige Bürger. Aber auch eine Missachtung der föderalen Tradition und der Traum von einem starken Zentralstaat. Das ist verbunden mit einer oft etwas elitären Politik über die Bedürfnisse der Bevölkerung hinweg.

Die alte Schweiz bedeutet: Ein loser Staatenbund und Kirchen, die Politik machen, Solddienst in fremden Ländern, gnädige Herren und Untertanen, städtische Herrschaft

beispielsweise von Zürich über seine Landgemeinden wie Bäretswil. So wie vor 1798.

Diese Gegensätze prallen in der Zeit von Widmer und Zwysig heftig aufeinander, nicht selten auch gewalttätig.

Denn vieles ist im Fluss in der Schweiz seit dem Einmarsch der Franzosen und dem Ende des Ancien Régimes. Und wie es immer ist, wenn alte Strukturen zusammenbrechen: Es dauert Jahre oder Jahrzehnte, bis sich eine neue Ordnung etablieren kann. Unser Land hatte sein Gleichgewicht verloren und noch kein neues gefunden. So gibt es in der Schweiz immer wieder Wirren, Staatsstreiche, Unruhen, bürgerkriegsähnliche Zustände. Das Land wechselt alle paar Jahre die staatspolitische Richtung: Auf die Helvetik folgt die Mediation, darauf die Restauration und dann die Regeneration.

Politische Kämpfe in den 1830er- und 1840er-Jahren

Um nur einige der kriegerischen Ereignisse der 1830er-Jahre in Erinnerung zu rufen: 1832 teilt sich Basel nach bewaffneten Zusammenstössen in Stadt und Land, 1839 stürzen im Tessin die Liberalen mit Gewalt die konservative Regierung. In den Jahren 1844 und 1845 kommt es zu Freischarenzügen: Bewaffnete ziehen aus gegen die konservative Regierung des Kantons Luzern. Und 1847 bricht dann der Sonderbundkrieg aus.

Aber nicht nur die politische Wetterlage in den andern Kantonen ist stürmisch; auch in Zürich sind die grossen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen mit Krisen verbunden; auch hier stossen das Alte und das Neue mit Wucht aufeinander: In den Landgemeinden fühlt man sich von der Stadt mit ihren Zunftprivilegien eingeschränkt und bevormundet, man will wirtschaftliche und politische Freiheit.

Der Unmut wird zu einer richtigen Volksbewegung, besonders ausgeprägt auch in den Oberländer Gemeinden. Am 22. November 1830 versammeln sich um die 10 000 Bürger zu einer grossen politischen Kundgebung in Uster und erzwingen so Neuwahlen und eine neue, freierliche Verfassung. Der Ustertag, der nächstes Wochenende wieder gefeiert wird, ist das Ende der Restauration im Kanton Zürich und markiert den Aufbruch in eine neue Zeit.

Aber auch das Neue bringt Unruhe: Im Zürcher Oberland ist die aufkommende Industrie eine Bedrohung. Denn die Landwirtschaft wirft nicht genug ab fürs Überleben; viele halten sich als Heimarbeiter mit Spinnen und Weben über Wasser. Mit dem Aufkom-

Fortsetzung auf Seite 5

Das Wichtigste und Schönste wird selten vom Staat, sondern meist auf private Initiative hin von tätigen Leuten aus dem Volk geschaffen.

Der Schweizerpsalm ist ein Zeitzeuge, aber trotzdem zeitlos; nicht ein altes Relikt aus vergangener Epoche, sondern eine stets aktuelle Erinnerung an gemeinsame Werte.

Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Bei Vertragsabschluss bis ende Jahr übernimmt Sunrise alle Wechselgebühren!!!



Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft
Tel. 044 217 77 50
www.zbv.ch

Kompetent ...

SBV Versicherungen
Assurances
AGRISANO

Treuhandbüro Steiner

Blattenstrasse 2, 8605 Gutenswil
Telefon 079 397 77 62
nicole.steiner@treuhandsteiner.ch
www.treuhandsteiner.ch

- Steuerberatung und -optimierung
- Lohnbuchhaltung
- Salär- und Personaladministration
- Finanz- und Rechnungswesen

Unsere Erfahrung – Ihr Vorteil!
Über Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns sehr!

Ihre Treuhänderin
Nicole K. Steiner

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Zürcher Bote» und «Zürcher Bauer» im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
General-Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmh.ch

Denken tut den Journalisten weh



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Kurz nach den Wahlen lesen wir in der Sonntagszeitung: «Asylbewerber-Delikte nehmen deutlich zu». Sozialdemokratische Regierungsräte und linke Flüchtlingsfunktionäre äussern tiefe Besorgnis über die Gewaltexplosion bei Afrikanern. Plötzlich vernehmen wir vom Kampf der aargauischen Gemeinde Bettwil gegen eine geplante Unterkunft für Asylanten. Die dortigen Bürgerinnen und Bürger plagt die nackte Angst – vor Einbrüchen, Überfällen, Vergewaltigungen.

Im Tages-Anzeiger steht mit einem Mal: «Trotz mehr Arbeitslosen steigt die Zuwanderung aus der EU.» Dann lesen wir von «Sprengstoff» aufgrund schlechterer Konjunktur und trotzdem anschwellenden Ausländerzuflusses. Die NZZ berichtet vom erhöhten Druck auf unsere Steuerautonomie. Die EU habe sich «bis zu den eidgenössischen Wahlen zurückgehalten», wolle jetzt aber «auch im Steuerbereich endlich Taten sehen».

Wie in einem angestauten Bach sprudelt im monatelang ausgetrockneten Medienrinnsal wieder eine Flut interessanter Informationen. Schliesslich sind die Wahlen vorbei, die SVP-Polterer geschlagen und deren Themen wieder zugelassen. Die Schreiber dürfen wieder schreiben, was wirklich ist. Und wieder denken, so ungern sie sonst denken. Denn Denken tut weh. Mit ihrem jahrzehntelangen Schönfärben des EU-Konstrukts, von Asylanatismus und Personenfreizügigkeit haben sich fast alle Journalisten in die falsche Ecke verrannt. Jetzt müssen sie merken: Christoph Blocher lag richtig. Das tut ihnen noch mehr weh. Und das werden sie ihm nie verzeihen.

«Mir gefällt das Ergebnis der Wahlen», sagte Roger de Weck unumwunden. Denn, so der Chef unserer Staatsmedien SRG: «Glücklich der Mensch, der in langweiligen Zeiten lebt.» Man ist geneigt, de Weck zu ergänzen: Aber unglücklich der Mensch, der seine langweiligen Sendungen erlebt. Tatsächlich tat unsere Monopolanstalt alles für einen möglichst müden Wahlkampf. Man vermied spannende Gladiatorenkämpfe politischer Schwergewichte und bevorzugte einschläfernde Kastratenchorlein von Analysten und Politologen. Bei der Parteienvorstellung erhielt die mickrige BDP gleich viel Sendezeit wie die wählerstärkste SVP. Die Endlos-Sendung «Treffpunkt Bundesplatz» führte die SRG angeblich «ganz nahe zu den Leuten». Nur waren diese leider meist flanierende pensionierte Bundesbeamte.

STEIGENDER DRUCK AUF DIE SCHWEIZ

SVP-Fraktion verlangt vom Bundesrat Transparenz

Wie von der SVP vorausgesagt, erhöht die EU kurz nach den eidgenössischen Wahlen den Druck auf die Schweiz. Die Androhung von Vergeltungsmassnahmen, wenn bis Ende Juni 2012 kein Ergebnis des «Steuerdialogs» resultieren sollte, ist inakzeptabel. Für die SVP kommt es nicht in Frage, dass die Schweiz irgendwelchem Druck nachgibt oder gar den «EU-Verhaltenskodex» zur Unternehmensbesteuerung übernimmt.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Schweiz ihre Standortattraktivität auch im steuerlichen Bereich erhalten kann und die Autonomie in Steuerfragen verteidigt. Der Bundesrat selbst geht nun vor den Bundesratswahlen offenbar auf Tauchstation und sagt vereinbarte Treffen in Brüssel ab. Für die SVP ist klar: Nach den Wahlen vom 14. Dezember wird der Bundesrat die Anbindung an die EU umso intensiver vorantreiben.

Die SVP-Fraktion hat vor diesem Hintergrund heute eine dringliche Interpellation beschlossen, die vom Bundesrat endlich Transparenz bezüglich seiner europapolitischen Absichten verlangt.

Die SVP hat den Bundesrat in den letzten Monaten mehrfach aufgefordert, sein intransparentes Vorgehen in der Europapolitik zu beenden. Nicht publizierte Berichte zur Anbindung der Schweiz an die EU, Klausursitzungen ohne kommunizierbare Ergebnisse, laufend ändernde Strategien unter nebulösen Begriffen wie «Bilaterale III», «Gesamtheitlich Koordinierter Ansatz» oder «bilaterale Integrationspolitik» schaffen Misstrauen. Die SVP will

hier endlich Klarheit und verlangt vom Bundesrat in einer dringlichen Interpellation eine Klärung der offenen Fragen in der Europapolitik.

Rechtsstaatlich bedenklich

Kritisiert wird von der SVP-Fraktion die ergebnislose Einstellung der Abklärungen der Geschäftsprüfungsdelegation im Zusammenhang mit den sogenannten «Holenweger-Papieren» und einem vermeintlichen Plan zur Absetzung des damaligen Bundesanwalts. Die Untersuchungen waren im September 2007 von der Geschäftsprüfungscommission (GPK) des Nationalrates mit grossen und öffentlichkeits-

wirksamen Ankündigungen aufgenommen worden und werden nun kleinlaut schubladiert. Damit wird klar, dass die damaligen Aktivitäten einzig den Zweck hatten, Bundesrat Christoph Blocher und der SVP Schaden zuzufügen. Ob das Vorgehen der GPK und der Bundesanwaltschaft der Destabilisierung und schliesslich der Abwahl von Christoph Blocher diene, bleibt mit der Einstellung der Abklärungen nun ebenso ungeklärt wie andere wichtige Fragen. Für die SVP-Fraktion ist dies befremdlich und rechtsstaatlich mehr als bedenklich.

STÄNDERATSWAHLEN 2011

Ständeratswahlen aufgewertet

Am 7. April 2011 hat die SVP die Diskussion über die Bedeutung der Ständeratswahlen lanciert. Als Ziel wurde im damaligen Communiqué neben der Herstellung von Transparenz über die Positionierung des Ständerates Folgendes formuliert: «Die SVP strebt zudem mittelfristig eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Ständerat an und wird deshalb bereits bei den Wahlen 2011 in möglichst vielen Kantonen mit eigenen, profilierten Persönlichkeiten antreten und eine nationale, themenorientierte Ständeratskampagne führen.»

MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Die SVP hat Wort gehalten. Noch nie erhielten Ständeratswahlen eine ähnliche hohe Aufmerksamkeit wie in diesem Jahr. Die SVP ermöglichte in fast allen Kantonen eine echte Auswahl unter Kandidaten mit verschiedenen politischen Ausrichtungen. Dass der Erfolg bei diesen Wahlen für die SVP noch ausblieb, war keine Überraschung und entsprach der Einschätzung der Parteileitung. Dank der SVP hat sich aber das Bild des Ständerates verändert. Die Sensibilisierung in Bezug auf die politische Ausrichtung des Ständerates ist gewachsen. Und: Ständeratswahlen werden nie mehr so sein wie früher.

Vorbei sind die Zeiten, in denen Ständeratskandidaten der Mitte-Parteien quasi im Schlafwagen nach Bern fahren konnten. Die Ergebnisse der Wahlen wurden in vielen Kantonen lange Zeit innerhalb der gleichen Partei oder zwischen CVP und FDP bereits vor dem Wahltag ausgehandelt und standen mit der Nomination der eigenen Kandidaten fest. Diese wurden kaum je an ihrem politischen Profil gemessen. Ein einmal ausgeübtes Regierungsamt im Kanton war häufig die unbestrittene Eintrittskarte in die Chambre de Réflexion. Dies hat sich geändert. Bereits seit einigen Jahren ist der Ständerat lebendiger geworden. Die Abordnungen von SP und SVP

emanzipierten sich mehr und mehr von der bestimmenden Dominanz der Mitte-Parteien. Hinzu kam die abnehmende Geschlossenheit innerhalb der Deputationen von FDP und CVP.

Auch im Ständerat zählt die politische Ausrichtung

Die SVP ist in diesem Frühjahr noch einen Schritt weiter gegangen. Sie zeigte auf, dass auch der Ständerat von politischen und weltanschaulichen Interessen geprägt ist und es durchaus eine Rolle spielt, welche politische Ausrichtung die Vertreter im Ständerat haben. Dazu braucht es erst einmal Transparenz. Das Stimmverhalten im Ständerat ist – wie im Nationalrat – endlich offenzulegen. Es braucht aber auch eine Diskussion über die politische Zusammensetzung der kleinen Kammer, die seit Jahrzehnten nicht mehr der Wählerstärke der Parteien entspricht. Die SVP hat diese Diskussion nun mit Erfolg lanciert. Glaubwürdig konnte dies nur gelingen, indem sich prägende Persönlichkeiten der Partei für eine Kandidatur zur Verfügung stellten. Profilierte Kandidaten sollten den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine echte Auswahl ermöglichen. Und in der Tat kam es in vielen Kantonen erstmals zu einer echten politischen Ausrichtung um die Ständeratssitze. Die zahlreichen zweiten Wahlgänge sind ein Indiz dafür. Aber nicht nur das, die Kandidatinnen und Kandidaten mussten, herausgefordert durch die SVP, auch Stellung zu

wichtigen politischen Themen beziehen. So haben sich beispielsweise Repräsentanten der Mitte-Parteien gegen eine automatische Übernahme von EU-Recht ausgesprochen, gegen eine institutionelle Anbindung an die EU und gegen eine Beteiligung der Schweiz am Euro-Rettungsschirm. Die SVP wird sie zu gegebener Zeit an ihre Wahlversprechen erinnern.

Erstaunlich ist, mit welchen Mitteln man sich gerade bei den Mitte-Parteien an die Macht klammerte. Der SVP ging es um eine ausgewogenere Zusammensetzung des Ständerates, damit die anstehenden politischen Herausforderungen im Sinne der Wählerinnen und Wähler erfolgreich angegangen werden können. In mehreren Kantonen ging es im Wahlkampf jedoch einzig darum, einen Einzug der SVP in den Ständerat unter allen Umständen zu verhindern. Dazu rollten die Mitte-Parteien selbst Persönlichkeiten mit sozialistischem Profil den Teppich aus. Sie ermöglichten damit, dass nun im Ständerat statt bürgerlichen Positionen die Abschaffung der Armee, ein EU-Beitritt, die Überwindung des Kapitalismus oder die Einführung einer KMU-feindlichen Erbschaftssteuer vertreten werden. Dies zu ermöglichen, nur um die SVP zu verhindern, ist höchst bedenklich.

Ziel der SVP bleibt bestehen

Die SVP war sich bewusst, dass die Ständeratswahlen 2011 schwierig werden würden. Der Sitz in Graubünden

wurde bereits vor den Wahlen zugunsten eines Einzugs in den Nationalrat preisgegeben. In anderen Kantonen war die Ausgangslage von vornherein schwierig. Anlässlich der Medienkonferenz 101 Tage vor den Wahlen fasste Parteipräsident Toni Brunner die Ausgangslage treffend zusammen: «Die SVP tritt wie angekündigt praktisch in allen Kantonen zu den Ständeratswahlen an, ein Erfolg schon bei den Wahlen 2011 wäre jedoch eine Überraschung. Die SVP ist in Kantonen, in denen sie den anderen Parteien in den letzten Jahrzehnten historische Niederlagen zugefügt hat, bei Majorzwahlen noch kaum mehrheitsfähig. Aber es gilt endlich Licht in die Dunkelkammer des Ständerates zu bringen. Der Ständerat ist in den letzten Jahren heimatmüde und europophil geworden. Die SVP investiert bei den Ständeratswahlen in die Zukunft.»

Die SVP wird dieses Ziel auch in Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Mittel- und langfristig will die SVP auch im Ständerat gemäss ihrer Wählerstärke vertreten sein. Sie wird deshalb auch bei den nächsten Wahlen mit starken Kandidaten antreten. Und die öffentliche Sensibilität für die Entscheidung des Ständerates wird weiter wachsen. Dazu sollte der Ständerat nun selbst Hand bieten, indem er sein Abstimmungsverhalten endlich offenlegt. Neben der SVP hat auch die SP diese Forderung im Wahlkampf unterstützt. Der Ball liegt nun bei den Mitte-Parteien.

LESERBRIEFE

Bundesrat: Bitte ohne Widmer-Schlumpf

Frauenlobby kämpft für Widmer-Schlumpf
NZZ am Sonntag, vom 30. Oktober 2011, Stefan Bühler, Katharina Bracher, Daniel Friedli, Sarah Nowotny

Es ist doch ein politisch unwürdiges Spiel, garniert mit viel Unwahrheiten, das derzeit unter grandioser Mithilfe der Medien – auch um die SVP zu ärgern – abläuft. Konkordanz wird nach Gutdünken neu definiert, zweifelhaft Charaktereigenschaften, in diesem Fall von Widmer-Schlumpf, werden ausgeblendet mit dem einzigen Ziel, Frauenmehrheit im Bundesrat zu sichern. Rosmarie Zapfel, ehemals CVP-Politikerin (wen wundert's) gibt zum Besten: «Wir sollten glücklich sein, dass Widmer-Schlumpf eine so gute Bundesrätin ist.» Ins gleiche Horn blasen viele linke und mittellinke Parlamentarier inkl. der Mainstream der Medien und werden nicht müde, die Fähigkeiten dieser Bundesrätin herauszustrreichen.

Von Frau zu Frau. Wo finde ich denn diese Fähigkeiten bei Bundesrätin Wid-

mer-Schlumpf? Sie ist zweifellos ehrgeizig. Das half ihr seinerzeit auch, ihre eigene Partei zu hintergehen um weiterzukommen. Sie ist auch fähig, desaströse Verhältnisse zu hinterlassen, so geschehen im Bundesamt für Migration, welches sie bei der ersten Gelegenheit fluchtartig verlassen hat, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Atemberaubend setzt sie ihre Fähigkeiten als einseitig populistische Amtsvertreterin im Finanzdepartement ein. Bezüglich Bankgeheimnis und internationalem Steuerabkommen scheut sie nicht zurück, Anliegen der Bürger zugunsten der Linken preiszugeben. Aktuell ihr fies kalkuliertes Vorhaben mit der Einführung einer Ökosteuer, mit der sie Grüne und Linke für ihre Wiederwahl ködert. Ein wahrhaft unwürdiges Spiel. Als Bürgerin dieses Landes wünsche ich mir inskünftig Bundesrätinnen und Bundesräte mit Vorbildcharakter. Frau Widmer-Schlumpf gehört definitiv nicht dazu.

Johanna Meier-Zoller, Effretikon

Beliebtheit oder Leistungsausweis

Umfragewerte und ihre frühere Wahl zur Schweizerin des Jahres sollen beweisen, dass Eveline Widmer-Schlumpf im Volk beliebt sei. Alles kein Wunder, wenn das linksgesteuerte Schweizer Fernsehen und die Ringier-Boulevard-Presse alle negativen Fakten einfach ausblenden. Hätte es zu Zeiten des Römischen Reiches eine «Römer Illustrierte» gegeben, wäre Brutus zum Römer des Jahres erkoren worden. Kann es sein, dass hauptsächlich politisch Unbedarfte, Oberflächliche und Denkschwache befragt werden, die einfach die Thesen des linken Mainstreams nachplappern? Bei Einschaltung des eigenen Verstandes würde Vielen ein Licht aufgehen, dass an dieser Bundesrätin seit jeher so manches «faul» ist.

Sind Bundesratsmitglieder tragbar, die Leuten aus den eigenen Reihen aus purer Machtgier «in den Rücken geschossen», Wochen vor der Wahl nachweislich mit dem Feind konspiriert und den damaligen Parteipräsidenten faustdick angelogen haben? Ist nicht anzunehmen, dass, wer derart anfällig ist

für Machtbesessenheit, Verlogenheit und Falschheit, diese Eigenschaften auch später in kritischen Situationen zum Tragen bringen wird? Bei Schwierigkeiten wird das oberste Ziel solch machtrunkener Figuren immer sein, zuerst den eigenen Kopf zu retten und die ganze Schuld auf andere abzuschieben, auch auf untergeordnete Mitarbeiter. Nachdem Widmer-Schlumpf im Bundesamt für Migration ein unvorstellbares Chaos angerichtet hatte, hat sie es geschafft, sich «elegant» ins Finanzdepartement zu verabschieden und einer ebenfalls überforderten Nachfolgerin das ganze Tohuwabohu anzudrehen. Jetzt zaubert sie im EFD, eigenmächtig wie immer. Von Kompetenz kann keine Rede sein. Sie ist drauf und dran, unsere Steuerhoheit an die USA und die EU zu verschachern. Wie lange noch kann unser Land eine so egozentrische und opportunistische Figur im Bundesrat verkraften ohne Schaden zu nehmen?

Robert Nieth, Walchwil

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat gegen neues Strassengesetz

Diese Woche stimmte der Kantonsrat deutlich mit 39 zu 125 Stimmen gegen das neue Strassengesetz. Das neue Gesetz hatte aus Sicht der SVP-Fraktion mehr Nachteile als Vorteile.



YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Das gültige Strassengesetz aus dem Jahre 1981 wurde aufgrund eines dringlichen Postulates der SVP betreffend Zuständigkeiten und Oberaufsicht über die Hauptverkehrsstrassen auf dem gesamten Kantonsgebiet überarbeitet. Konkret geht es um den Bau und Unterhalt der Strassen mit überkommener Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur. Diese werden vom Kanton über die jeweilige Bau- bzw. Unterhaltspauschale finanziert, nachdem die zuständigen städtischen Behörden bzw. die jeweiligen Stimmberechtigten die Ausgaben bewilligt haben. Die gesetzlich verankerte Mittelzuweisung an die Städte bildet die Ergänzung zur Aufgabendelegation und vermittelt den Städten die hierfür erforderliche Planungssicherheit.

Das heutige Finanzierungssystem hat sich in der Vergangenheit aus Sicht des Kantons indessen als mangelhaft erwiesen. Die Unwägbarkeiten und Mängel der heutigen Pauschalen zeigen sich insbesondere bei grösseren Ausgaben, für die dieses Instrument offenkundig nicht geeignet ist. Grössere Ausgaben sind – in Abkehr vom Grundsatz einer pauschalen Finanzierung – bei der Bemessung der Faktoren jeweils gesondert zu berücksichtigen, um ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Verzögerungen bei der Umsetzung solcher Projekte führten in der Vergangenheit zu Abweichungen zwischen den festgesetzten Pauschalen, den vom Kanton budgetierten Beiträgen und den in der jeweiligen Rechnungsperiode tatsächlich anfallenden Kosten. Zudem sind die kantonalen Behörden bzw. die kantonalen Stimmberechtigten von der Beschlussfassung über die Ausgaben ausgeschlossen, obwohl diese aus kantonalen Mitteln (Strassenfonds) finanziert werden. Diese Mängel sollten mit dem neuen Strassengesetz beseitigt werden (siehe

Kommentar). Leider wurde das Gesetz mit Anträgen von Links und Grün verschlechtert und musste zum Ende der Debatte ganz abgelehnt werden. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) stellte klar, dass die Strassen mit Begegnungszonen und Tempo 20 nicht sicherer würden. Zudem könne der ÖV in einer Begegnungszone nicht priorisiert werden. Auch der Volkswirtschaftsdirektor **Ernst Stocker** (SVP) stellte fest, dass Begegnungszonen auf Hauptstrassen wenig Sinn machen würden. Wenn die Leistungsfähigkeit einer Hauptstrasse mit einer Begegnungszone reduziert werde, werde sich der Verkehr neue Wege suchen. Das Ziel einer Hauptverkehrsstrasse sei den Verkehr zu kanalisieren. Mit den Begegnungszonen erreiche man das Gegenteil und der Verkehr werde verteilt. Der SVP-Fraktionspräsident **Hans Frei** (Regensdorf) stellte klar, dass mit der Revision die Forderung der SVP betreffend Zuständigkeiten teilweise erfüllt, jedoch die Leistungsfähigkeiten von kantonalen Achsen geschmälert wurde. Darum könne die SVP dem Gesetz nicht mehr zustimmen. Der Kantonsrat lehnte das Strassengesetz mit 39 zu 125 Stimmen ab.

Zwangsausschaffungen

Mit einer Interpellation stellten die AL und Grünen Fragen zu Zwangsausschaffungen. **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf) betonte im Rat, dass 5401 Nigierianer in den letzten 15 Jahren in der Schweiz um Asyl gebeten hätten und nur 12 Anträge positiv beurteilt wurden. Darum gehe es um Personen, die gegen unsere demokratisch beschlossenen Asyl- und Ausländergesetze verstossen, um Kriminelle und um Nicht-Schutzbedürftige. Abgewiesene Asylanten und insbesondere Nigierianer würden uns die Schwachstellen unseres Gesetzesvollzuges aufzeigen. Welcher Irrsinn dadurch entstehe, sei tagtäglich in den Städten zu sehen. Zudem spreche es sich auch herum, dass wir ein sehr lasches und soziales Rechtssystem hätten, und niemand etwas zu befürchten hätte. Sonder-Rück-

schaftungsflüge nach Lagos mit 27 Nigierianern würden von 63 Polizisten begleitet. Dieser Zustand sei unhaltbar und eine Zumutung. Darum müsse man festhalten, dass die SVP-Fraktion sich Sorgen um die Sicherheit und Gesundheit der ausschaffenden Polizisten mache und sich mehr oder weniger vorbehaltlos hinter die Behörden stellen würde und anerkenne, dass es sich bei diesem Job um einen der schwierigsten und gefährlichsten handelte. Polizisten, die beauftragt seien, Wegweisungsverfügungen von abgewiesenen Asylbewerbern und sich illegal aufhaltenden Personen zu vollziehen, seien in ein enges Handlungskorsett gezwängt und dürften sich keinen Fehltritt leisten. Abgewiesene Asylanten hingegen hätten nichts zu befürchten oder zu verlieren und könnten sich in ihrer Situation alles leisten. Aus diesem Grunde würde die SVP auch in Zukunft Ausschaffungen ohne Schikane der Asyllobby befürworten.

Ausgehregelung

Mit einer Motion forderte die EDU den Regierungsrat auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, welche den Kindern bis zum vollendeten 16. Lebensjahr einen Aufenthalt in öffentlichen Räumen und auf Plätzen zwischen 24.00–05.00 Uhr nur in Begleitung einer verantwortlichen Erziehungsperson gestatten würde. **Claudio Zanetti** (SVP, Zollikon) stellte klar, dass diese Forderung sehr unfreiheitlich sei und die Eigenverantwortung einschränke. Zudem könne man mit Verboten nicht alles erreichen, besser sei es die Eltern mehr in die Verantwortung zu nehmen. **Gregor Rutz** (SVP, Küsnacht) doppelte nach, nicht jedes Problem könne mit einem Gesetz gelöst werden. Bereits im Jahre 1571 wurde mit wenig Erfolg ein Ausgehverbot beschlossen. Das Wichtigste sei, dass die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen würden. Der Rat folgte diesen Argumenten und stimmte deutlich mit 5 zu 159 Stimmen gegen diese Forderungen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Strassenverkehr im Kanton Zürich – im Stau, eine verfehlte Gesetzgebung



LORENZ HABICHER
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 3/9

Am letzten Abstimmungssonntag hat sich das Zürcher Stimmvolk gegen ein schwaches Signal nach Bern ausgesprochen. In der Doppelsitzung vom Montag wurde dann die kantonale Gesetzgebung etwas durchgeschüttelt ... Mit einem äusserlich knappen Ergebnis hat der Kantonsrat das neue ökologische Verkehrsabgabengesetz beschlossen. Keine guten Nachrichten für den durchschnittlichen Autobesitzer im Kanton Zürich. Danach wurden die verkehrspolitischen Karten neu gemischt und verteilt. Das Blatt auf der Hand der Bürgerlichen konnte aber nicht wunschgemäss punkten und um ein schlechtes Strassengesetz abzuwenden, blieb der SVP-Fraktion nur dessen Ablehnung. Die vereinigte Linke hatte hoch gepokert und wollte uns ein Trojaner aufzwingen, was aber klar verhindert werden konnte. Den Städten Zürich und Winterthur muss zu diesem Zeitpunkt klar gesagt werden, auch das heute gültige Gesetz genügt, um die kantonale Herrschaft über die Staatsstrassen zurückzugewinnen. Der Regierungsrat darf sich aber nicht aufs Zuschauen und Genehmigen beschränken, er muss regieren und Akzente setzen.

Die SVP hat immer klar und unmissverständlich zum Strassengesetz Position bezogen. Es geht nicht um eine Bevormundung der Städte, auch nicht um eine Bevorzugung dieser Gebiete. Ein kantonales Strassengesetz muss für den ganzen Kanton Gültigkeit haben. Ein gutes Strassengesetz darf sich nicht in Widersprüchen verlieren, es muss umgesetzt werden können. Die Begrifflichkeiten sind zu klären und es dürfen keine gegensätzlichen Wünsche festgeschrieben werden. Keine Mitbenützung von Busspuren durch den motorisierten Zweiradverkehr, denn diese würde Fahrplan und Betriebssicherheit stören, dafür Begegnungszonen auf Hauptstrassen fördern, so der Wunsch der GIP. Tempo 20 im geschlossenen Siedlungsgebiet, in der Regel keine Unterteilung oder Markierungen für die Verkehrsträger auf einer offenen Verkehrsfläche, die Kinder zum Spielen einlädt, dazu eine Priorisierung des öffentlichen Verkehrs ... Wie wollen das Linke und Grüne, CVP und EVP umsetzen, wenn nicht mit einem massiven Eingriff? Teuer erstellte bauliche Massnahmen auf Zürcher Staatsstrassen inkl. Fussgängerstreifen und Mittellinien müssten konsequenterweise entfernt werden. Die SVP konnte und wollte diesen politischen Preis, nur für ein neues Strassengesetz, nicht bezahlen.

BUNDESRATSWAHLEN

Nomination von NR Bruno Zuppiger

Diese Woche nominierte die Parteileitung und der Kantonalvorstand Nationalrat Bruno Zuppiger zum offiziellen Bundesratskandidaten der SVP des Kantons Zürich.

Mit Bruno Zuppiger steht der SVP-Bundeshausfraktion ein überzeugender Bundesratskandidat zur Verfügung, der über die Parteigrenzen hinaus grossen Respekt und eine breite Abstützung genießt. Bruno Zuppiger ist selbständiger Unternehmer, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Oberst der Schweizer Armee, langjähriger Nationalrat sowie Präsident der sicherheitspolitischen Kommission. Bruno Zuppiger ist gewillt, die bewährte Konkordanz am 14. Dezember 2011 wiederherzustellen und wird die SVP-Politik im Falle einer Wahl mit grosser Erfahrung und Überzeugung im Bundesrat vertreten.



Bundesratskandidat NR Bruno Zuppiger.

Späte Einsicht oder Betriebsunfall?

Bekanntlich nimmt der Einkaufstourismus in das nahe Ausland wegen der Schwäche des Euro für die einheimischen Verkaufs-Geschäfte teilweise bedrohliche Ausmasse an. Direkt davon betroffen ist nicht zuletzt die einheimische Nahrungsmittelproduktion, also auch die Landwirtschaft.

Eine weitere Tatsache ist, dass die Konsumentinnen und Konsumenten bei ihren Einkäufen wenn möglich den Parkplatzgebühren ausweichen und gebührenfreie Parkplätze bevorzugen. Die Erhebung von Parkplatzgebühren wird jedoch den Einkaufsgeschäften vielfach von Staates wegen vorgeschrieben. Dies im Sinne einer Erziehungsmassnahme gegenüber den Konsumenten, damit diese ihre Einkäufe mit dem öffentlichen Verkehr statt mit dem Auto besorgen sollten. Stattdessen fördern die einheimischen Parkplatzgebühren den Einkaufstourismus ins nahe Ausland, dort sind die Parkplätze meistens gebührenfrei.

Diese Problematik hat mich veranlasst, zusammen mit meinen Fraktionskollegen Martin Arnold und Hans Frei ein Postulat einzureichen, mit dem Auftrag, die Erhebung von Gebühren den einzelnen Geschäften zu überlassen und diesen die Gebührenpflicht nicht zwangsweise vorzuschreiben. Damit das

Anliegen möglichst schnell umgesetzt werden kann, wollten wir das Postulat durch den Kantonsrat am 12. September dringlich erklären lassen. Leider unterstützte damals nur die SVP-Fraktion das Anliegen, alle anderen Fraktionen, bis und mit den selbsternannten bürgerlichen Bürokratie-Abbauern wollten nichts wissen von einer Lockerung der staatsbürokratischen Gebührenpflicht.

Anlässlich der Sitzung des Kantonsrates vom 28. November ging es nun darum, ob das Postulat überhaupt dem Regierungsrat zur Weiterbehandlung überwiesen werden solle oder nicht. Völlig überraschend haben nun sämtliche Fraktionen stillschweigend der Überweisung zugestimmt, nachdem diese noch am 12. September kein gutes Haar an diesem Vorstoss gelassen hatten.

Die Frage lautet daher, ob nun alle damaligen Gegner aus Einsicht eine 180-Grad-Wendung vollzogen haben? Böse Zungen behaupteten am Montag allerdings, dass die Nicht-SVP-Kantonsräte damit beschäftigt waren, die Anti-SVP-Zeitungsartikel nach der Niederlage bei den Ständeratswahlen zu verschlingen und darob vergessen hatten, wegen unserem Postulat die Diskussion zu verlangen!

Hans-Heinrich Heusser, Seegraben

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG ...

... ein Postulat betreffend Erleichterungen im Detailhandel im Kanton Zürich überwiesen	☺
... ein Postulat betreffend Schaffung einer Kantonalen Gewaltschutz-Zentrale überwiesen	☹
... dem Verkehrsabgabengesetz zugestimmt	☹
... eine Parlamentarische Initiative betreffend Gigaliner auf Schweizer Strassen einstimmig abgelehnt	☺
... ein Postulat betreffend Aufhebung von Fussgängerstreifen auf Gemeindestrassen abgeschrieben	☺
... eine Motion betreffend Ausgehregelung für Kinder bis zum 16. Lebensjahr abgelehnt	☺
... eine Motion betreffend Benutzung der Busspuren durch motorisierten Zweiradverkehr abgelehnt	☹
... ein Postulat betreffend Verkehrsinstruktion zur allgemeinen polizeilichen Präventionsarbeit an den Schulen abgelehnt	☹
... ein Postulat betreffend Teilrevision des Sozialhilfegesetzes überwiesen	☺
... ein Postulat betreffend kritischer Überprüfung der Rahmenbedingungen für den Strassenstrich abgelehnt	☺
... das Strassengesetz abgelehnt	☺
... ein Postulat betreffend ökologische Wohnbauförderung abgelehnt	☺

28. November 2011

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser Abbruchobjekte Bauland und Villen

Angebote an: Konrad Gadiant,
Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadiant@bluewin.ch

Das SVP-Sekretariat zieht um

gad. Die Parteileitung hat beschlossen, zusammen mit dem Zürcher Bauernverband (ZBV) die Büroräumlichkeiten von der Nüscherstrasse 35 in Zürich nach Dübendorf an die Lagerstrasse 14 zu wechseln.

Der neue Standort ist mit den öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln gut erreichbar und stellt den Besuchern genügend Parkplätze zur Verfügung. Ein geplanter Schulungsraum eignet sich dank seiner Grösse und technischen Einrichtung bestens für die Informations- oder Ausbildungszwecke der Partei. Auch Sitzungszimmer werden zur Verfügung stehen.

Am 22. und 23. Dezember 2011 werden wir umziehen und sind ab dem 3. Januar 2011 unter den gewohnten Telefonnummern wieder für Sie erreichbar.

IM FOKUS PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Grenzgänger arbeiten vielfach für Mindestlöhne

Die Personenfreizügigkeit wirkt sich in der Schweiz nicht nur positiv aus. Es zeigt sich, dass insbesondere die Grenzgänger eher bereit sind, für den Mindestlohn zu arbeiten. Vielfach lassen sich dafür keine Schweizer mehr einstellen.

RoMü. Es ist für eine Gastronomiefachperson beispielsweise aus dem Vorarlberg sehr interessant, um als Grenzgänger in einem Schweizer Gastronomiebetrieb zu arbeiten. So hat sie in ihrer Heimat als ausgebildete Fachkraft einen Lohnanspruch von minimal 1300 Euro im Service oder 1339,50 Euro als Koch. Findet die entsprechende Person eine Stelle in der nahen benachbarten Schweiz, so winkt ihr ein 2- bis 3-mal beachtlich höheres Salär, obwohl dieses in der Regel nur gerade den in der Schweiz in den Gesamtarbeitsverträgen vereinbarten Mindestlöhnen entspricht. Der starke Franken macht dann daraus einen beachtlichen Lohn, welche sie in ihrem Heimatland zu den gut verdienenden Grenzgängern macht. Es ist dank der Personenfreizügigkeit durchaus sehr einfach geworden und fast ohne bürokratische Hürden verbunden, um eine Stelle in der Schweiz zu suchen, zu finden und anzutreten. Dank dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit können so aus dem weiteren EU-Grenzraum Personen ohne jegliche Einschränkungen eine Stelle suchen, auch dann, wenn eigentlich genügend Arbeitskräfte im Inland für diese offenen Stellen vorhanden sind. An den grossen wie kleinen Grenzübergängen stellt man entsprechend eine deutliche Zunahme des Pendlerverkehrs von Grenzgängern fest, dass immer mehr eine Stelle in der Schweiz gefunden haben. Diese Entwicklung wirkt sich indirekt auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus. Stellen- oder arbeitslose Schweizer haben es



Vermeehrt trifft man insbesondere im grenznahen Raum deutsche Handwerker auf Kleinbaustellen an, welche direkt vom starken Franken profitieren.

immer schwerer, eine Stelle mit ihren Lohnansprüchen zu finden. Da man heute aufgrund des freien Personenverkehrs ohne Vorbedingungen Grenzgänger anstellen kann, wobei ihnen die in den verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen festgelegten Mindestlöhne zu zahlen sind, verleitet immer mehr Arbeitgeber, auf Grenzgänger zu setzen. Sie sind dabei bereit, für die Mindestlöhne zu arbeiten. Diese Entwicklung widerspiegelt sich im Kanton Zürich deutlich. Waren beispielsweise Ende Oktober 2011 in der Berufsgruppe Gastgewerbe und Hauswirtschaft 2666 Personen als arbeitslos gemeldet, obwohl in diesen Berufsgruppen mit 482 eigentlich viele offene Stellen vorhanden sind. Solche werden vermehrt – die grossen Gastketten machen es mit aller Deutlichkeit vor – mit Grenzgängern oder gar ausländischen Arbeitskräften besetzt.

Indirekter Lohndruck

Mit der Personenfreizügigkeit kommen entsprechend nicht nur, wie häufig kommuniziert, hoch qualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz, welche sich zugleich niederlassen, sondern auch viele mit einem handwerklichen Beruf. Diese wiederum nutzen dabei nach Möglichkeit den Status des Grenzgängers, auch dann, wenn sie beispielsweise in einem ostdeutschen Bundesland wohnen. Da sie im Gegensatz zu den Schweizer Mitbewerbern in der Regel bereits mit den in den Gesamtarbeitsverträgen festgelegten Mindestlöhnen zufrieden sind, helfen sie vermehrt Schweizer Betrieben ihren Kostendruck etwas zu reduzieren. Gerade in der Bauhaupt- und Baunebenbran-

che aber auch im Gastgewerbe und anderen Branchen leiden viele Betriebe und Unternehmen trotz voller Auftragsbücher unter einem extremen Preisdruck, tiefen Margen und Erträgen. Doch den vermehrten Vorzug von Grenzgängern zu tieferen Löhnen anstelle von inländischen teilweise teuren Mitarbeitern können sie diesen Kostendruck entsprechend abfedern. Somit lassen sich betriebsinterne Lohnerhöhungen vielfach nicht mehr durchsetzen, weil bereits billigere Arbeitnehmer aus dem benachbarten Ausland vor der Haustüre warten.

Freiraum nützen

Es zeigt sich auch, dass insbesondere im grenznahen Raum vermehrt viele kleinere deutsche Handwerker diesen neuen Freiraum ungeachtet der flankierenden Massnahmen geschickt nutzen. Sie arbeiten vermehrt in der Schweiz und kümmern sich dabei kaum um die ihnen eigentlich vorgegebenen Mindestlohnbestimmungen entsprechend den flankierenden Massnahmen. Entsprechend arbeiten sie auch zu tieferen Kosten, was indirekt wiederum zu einem Preisdruck im Inland führt. Sie müssten dabei eigentlich gemäss den festgelegten Bestimmungen für ihre eigenen Mitarbeiter die Mindestlöhne einhalten. Da sie aber vielfach nur wenige Tage an einem Ort tätig sind, lässt dies kaum Kontrollen zu. Diese Vorschrift beruhigt einzig das Gewissen der Politik, scheint aber in vielen Bereichen zur Makulatur zu verkommen, stellte kürzlich ein Schweizer Handwerker fest, welcher dieser Konkurrenz direkt ausgesetzt ist.

LESERBRIEFE

Einseitige Rassismus-Ideologie

Ich war froh um jeden Tag, an dem ich nichts mit Rassismus zu tun hatte *SonntagsZeitung vom 20. November 2011, Nadja Pastega, Sebastian Ram-speck*

Dank dem penetranten Nachfragen der beiden Journalisten, kommt ein wenig Licht in die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR), der Georg Kreis noch bis Ende Jahr als Präsident vorsteht. Kreis hat gemäss Interview mindestens zwei Feindbilder: die SVP bezeichnet er als rechtsradikal, korrigiert dann leicht mit: nicht in der Gesamtheit und die Weltwoche ist für ihn «unselig». Im Übrigen spricht er ausschliesslich von Rechts-extremen, obwohl Linksextreme seit geraumer Zeit in unserem Land viel mehr negative Schlagzeilen liefern. Da stellt er sich doch mit seinen Aussagen selber mitten in den Dunstkreis von Rassisten.

Einseitig schützt er mit seiner Rassismus-Ideologie die Ausländer. Wenn rassistisches Verhalten gegen Schweizer

angesprochen wird, dann, so Kreis, «sollte über die echten, sprich anderen Probleme in diesem Land diskutiert werden». Unter dieses Kapital fällt doch auch, was sich täglich abspielt: Staatsfernsehen und Printmedien verkünden ein Gewaltverbrechen. Ist der Täter ein Schweizer evtl. mit Immigrationhintergrund wird sofort erklärt, ein «Schweizer» hat ... War aber, wie so oft, ein Ausländer der Verursacher, dann ist es nur noch ein «Täter» oder ein aus der Region Stammender. So werde ich doch als Schweizer Bürger dauernd in die Nähe von Verbrechen gestellt, obwohl sehr viele Gewaltverbrechen von Ausländern begangen werden.

Ich bin mir auch sicher, dass die in einer Volksabstimmung angenommene Anti-Rassismus-Norm damals vom Volk anders verstanden und interpretiert wurde. So gesehen, besteht eine gewisse Hoffnung, dass die Nachfolgerin an der Spitze der EKR die verkrusteten Ideologien ausmistet und die Räume lüftet.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

EU – und die Folgen für die Schweiz

In der Schweiz bemüht sich eine politische Elite mit Hilfe der Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern eine effektive Mitsprache, und damit auch die Verantwortung, sachte aus der Hand zu nehmen. Wirkungsvolle demokratische Kontrollen sind im bürokratischen Dschungel kaum möglich. Die grossen Probleme der EU zeigen überdeutlich, wie ambitionierte Politiker und Ideologen ihre Länder an der Bevölkerung vorbei führen.

Ohne die beiden Konjunktur-Lokomotiven Deutschland und Frankreich wäre die europäische Union längst am Ende. Es ist übrigens nicht verwerflich, sich innerhalb der EU zum Ordnungshüter zu machen der die Defizitsünder an die kurze Leine legt wie zum Beispiel Griechenland und Italien. Es ist sicher kein Zufall, warum der Luxemburgische Ministerpräsident

Jean-Claude Juncker die Schweiz in die EU holen möchte. Da die EU mit dem Euro offenbar am Abgrund steht, wäre unser Schweizer Franken sehr willkommen. Aber wie lange würde es dauern, bis von uns auch nichts mehr zu holen wäre? Es ist daher für unser Land ein grosser Glücksfall, dass sich alt Bundesrat Christoph Blocher für die Ständerats-Wahl im Kanton Zürich zur Verfügung stellt. Er wird sich nach seiner Wahl mit voller Kraft und Überzeugung für die grosse Mehrheit des ganzen Schweizervolkes einsetzen – damit es nicht an die EU verschachert wird. Die Euro-Turbo müssen sich noch eine Weile gedulden bis zur Abfahrt ihres «Geister-Zugs» nach Brüssel. – Auch sie werden in der Zwischenzeit älter – vielleicht auch weiser!

Walter Egli, Zürich

Die Finanzkrise überstehen, aber wie?

Aus der EU ist eine Schulden- und Krisenunion geworden. Für die Schweiz heisst das, weniger Exporte, schrumpfende Gewinne der Firmen und folglich geringere Steuereinnahmen. Wie können wir die Wirtschaftskrise überwinden und diese fehlenden Steuereinnahmen kompensieren, etwa um (falls erforderlich) Kurzarbeit zu finanzieren? Steuererhöhungen? Nein, die klügere Lösung wären rigorose Einsparungen und zwar dort, wo es uns nicht weh tut. Beispielsweise im Asylwesen: Die Zahl der Asylgesuche von Leuten, die gar nicht politisch verfolgt sind, steigen ständig. Ebenso die Anzahl «vorläufig Aufgenommener». Das Völkerrecht schreibt uns diesen Unsinn vor. Es wäre deshalb Zeit, solche Abkommen zu kündigen, auch wenn die in der Asylbranche Beschäftigten über ihre unzähligen (aus Steuergeldern quersubventionierten?) Propagandaorganisationen Zeter und Mordio schreiben würden, weil sie um ihre Jobs fürchten. In der Privatwirtschaft könnten sie aber innert 14 Tagen nützlichere Arbeit leisten, als während in ihrer ganzen bisherigen Tätigkeit im Asylwesen. Eine weitere Sparmöglichkeit bietet die Entwicklungshilfe. Was wird

damit eigentlich entwickelt? Laut dem ehemaligen Chef des DEZA, Walter Lust, geht es Afrika dank der Entwicklungshilfe nicht besser. Ferner ist es widersinnig, Staaten, die abgewiesene Asylbewerber nicht zurücknehmen, Entwicklungshilfe zu zahlen. Begreiflicherweise appellieren Mitbürger, die vom Verteilen der Hilfsgelder recht gut leben, an unsere Solidarität mit Afrika. Wer ist aber mit uns solidarisch? Die EU, die USA und Deutschland? Oder Afrika, z.B. während der Geiselaffäre in Libyen? Dessen ungeachtet würde unsere Aussenministerin am liebsten die ganze Welt umarmen und mit unseren Steuergeldern überschütten. Beispiele aus einer langen Liste: Sogar Ägypten (noch unter Mubarak) und Syrien (unter Assad) erhielten zweistellige Millionenbeträge. Warum also nicht den verantwortlichen Departementen den Geldhahn zudrehen? Ferner sind ausländische Versuche, von uns Geld zu erpressen, strikt abzulehnen. Genauso wie für uns nachteilige Verträge, mit denen das Ausland den Finanzplatz Schweiz zugunsten ihrer Finanzplätze schwächen will.

Otto Weiersmüller, Uetikon

LESERBRIEFE

Nach den Wahlen gleich vor den Wahlen. Oder einseitige Berichterstattung von Tages-Anzeiger-Journalisten zu den National- und Ständeratswahlen

Berichterstattung zu den National- und Ständeratswahlen, Seite 1 bis 6 und Seite 9, Tages-Anzeiger vom 24. Oktober 2011

Bei Lichte betrachtet wurde rasch klar, dass jene TA-Journalisten, die für die Inlandpolitik zuständig sind, nicht aus ihrer Haut können. Das was sie in den letzten Jahren liebend gern praktizierten, nämlich verhöhnern, ja gar lächerlich machen der SVP-Politik und deren Verantwortungsträger, wurde in den erwähnten Seiten munter weitergeführt. Beim Lesen bekam ich zuweilen den Eindruck, den Journalisten sei angesichts der Wahlergebnisse ein riesiger Stein vom Herzen gefallen. Von «Entzauberung, die allen guttut», oder «ein guter Start, dass NR Schlier abgewählt wurde», wird da von Journalist Res Strehle zum Besten gegeben. Dem Thema Widmer-Schlumpf wurde, zusammengefasst, wohl mehr als eine volle Seite in dem Sinne gewidmet,

dass sie wiederzuwählen sei. Sicher nicht wegen ihrem «vorbildlichen Charakter», vielmehr als Häme gegen die SVP. Dagegen kein Hinterfragen, ob die neuen, unerfahrenen Politiker die grossen Herausforderungen zu meistern wissen. Kaum ein Wort wird darüber verloren, dass die SVP nach wie vor die grösste Partei ist, und daher gemäss Konkordanz klar Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung hat. Auf der ersten Seite des Tages-Anzeigers steht, zwar etwas klein, aber gut lesbar: «Die unabhängige schweizerische Tageszeitung». Unabhängig ist die politische Inland-Berichterstattung nicht, sie ist einseitig.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Hat die SVP ihren Zenit überschritten?

Mit den Anliegen Unabhängigkeit, Einwanderung und Verhältnis zur EU hat die SVP in den letzten 20 Jahren massiv gepunktet und hauptsächlich mit einer grossen Anzahl von Protestwählern einen stattlichen Wähleranteil gewonnen. Über das Thema «Energiewende» konnte aber bei diesen Wahlen der links-grüne Block mittels des Fukushima-Trommelfeuers von diesen Anliegen ablenken und die SVP verlor Wähleranteile.

Dies zeigt auf, dass die Themenbreite der SVP zu schmal ist und damit anfällig auf die von den Medien unterstützten Angriffe.

Tatsache ist, dass viele Bürger von einer Partei, die über einen Viertel der stimmenden Bevölkerung vertritt, erwartet, dass sie alle für das Land wichtigen Themen abdeckt und aktiv bearbeitet. Viele solcher Themen werden dem politischen Gegner überlassen. Die Folge ist dann das ständig geäusserte, zwar meist begründete: Nein, Nein, Nein, welches die Bevölkerung jedoch nicht mehr zu überzeugen vermag.

Die Führungsriege mit ihren Strategen sollte zu diesem Zweck ihre Macht auf mehr Köpfe verteilen und die Bearbeitung weiterer Anliegen an Gruppen mit Sachkenntnissen abgeben. Aufgrund einer strategischen Planung werden dann ausgewählte Themen eingesetzt, für die sich gute und überzeugende Argumentarien aus diesen Gruppen präsentieren lassen.

Als weitere Schwergewichtsthemen gehören z.B. Wirtschaftsförderung, Forschung, Familienpolitik, Bildungspolitik, Verkehr, Energie, Sozialversicherungen und Sicherheit dazu; im Parteiprogramm

zwar behandelt, aber nicht strategisch eingesetzt. Die SVP hat mittlerweile genügend qualifizierte Köpfe in ihren Reihen, um hier Substanz zu erarbeiten.

Das Festhalten an allzu starren, zentralistischen Strukturen sollte rasch abgelöst und die Themenbasis sukzessive ausgebaut werden. Eine solide «nächste Generation» von Politikern innerhalb der Partei ist reif, dass man ihr diese Aufgaben überträgt, um das nötige Vertrauen in der Bevölkerung aufzubauen, zukünftige Wahlen und Abstimmungen (wieder) zu gewinnen und im Zenit zu bleiben.

Stephan Amacker, Neftenbach

Fortsetzung von Seite 1

men von Textilfabriken sehen sich ganze Ortschaften in ihrer Existenz bedroht.

Der fortschrittsbegeisterten Zürcher Regierung der 1830er-Jahre steht man darum kritisch gegenüber. Die Bäretswiler zeigen sogar Sympathien mit den Maschinenstürmern nach dem Fabrikbrand von Uster 1832. Bäretswil wird darauf von der Zürcher Regierung militärisch besetzt: Mit fünf Kompanien Infanterie, einer Kompanie Scharfschützen, zwanzig Mann Kavallerie und zwei Kanonen.

Gottfried Keller, während der Freischarenzeit selbst feuriger Liberaler, beschreibt die Zeit mit einigen Jahren Abstand verklärt-ironisch: «Es begann jene Reihe von blutigen oder trockenen Umwälzungen, Wahlbewegungen und Verfassungsrevisionen, die man Putsche nannte und alles Schachzüge waren auf dem wunderlichen Schachbrett der Schweiz, wo jedes Feld eine kleinere oder grössere Volkes- und Staatssouveränität war ... und die Schweizer zeigten bald eine grosse Übung in diesem Schachspielen und Putschen.»

Widmer und Zwysig als betroffene Parteigänger

Widmer und Zwysig nehmen beide an den Richtungskämpfen Anteil, und beide bekommen die Vehemenz der politischen Auseinandersetzung auch selbst ganz direkt zu spüren.

Zuerst Widmer: Als Redaktor der freisinnigen Lokalzeitschrift «Das Neumünster-Blatt» greift er mit scharfer Feder in die harte politische Konfrontation ein.

Leonhard Widmer wirbt für die radikal-liberale Regierung, die mit über-

stürzten Reformen die konservative Bevölkerung umerziehen will. Mit Eifer bekämpft er den protestantischen und den katholischen Konservatismus. Und alles, was er für rückständig hält.

Die Regierung überspannt den Bogen, als sie den deutschen Reformtheologen Strauss nach Zürich beruft. Grosse Teile der Bevölkerung fühlen sich in ihrem Religionsverständnis angegriffen. Im Oberland ist die Empörung besonders heftig. In der Nacht auf den 6. September 1839 läuten in vielen Gemeinden die Sturmglocken. In Bauma zum Beispiel versammeln sich vierhundert Männer in der Kirche; vor dem Aufbruch nach Zürich werden sie gesegnet. Das bewaffnete Landvolk strömt in die Stadt, der Regierungsrat wird von einem bewaffneten Volksaufmarsch gestürzt.

Der Zürcher Oberländer Volksschriftsteller Jakob Stutz, der hier bei Bäretswil gestorben ist, schreibt als Zeitzeuge: «Es schien mir, als ob die fraglichen Herren in Zürich das Volk gar nicht kannten und da auf dem kirchlichen Gebiete nur nach ihrem eigenen Sinn und Geschmack verbessern wollten.»

Als scharfer Beobachter entgeht ihm auch nicht, wie die überwältigende Dramatik und Dynamik des Ereignisses den einen oder andern zum Opportunisten macht: «Aber wie musste ich staunen über so manchen, dessen Straussische Ansichten mir in der letzten Zeit wie vor zehn Jahren schon bekannt waren, nun plötzlich zu den eifrigsten Anti-Straussen gehörte.»

Das Ereignis geht als Züri-Putsch in die Geschichte ein. Und das Zürcher Dialektwort Putsch macht Weltkarriere und geht unter anderem auch in die englische und französische Sprache ein. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts

staunt Gottfried Keller über die Karriere dieses Begriffs: «Das Wort Putsch stammt aus der guten Stadt Zürich, wo man einen plötzlichen vorübergehenden Regenguss einen Putsch nennt und demgemäss die eifersüchtigen Nachbarstädte jede närrische Gemütsbewegung, Begeisterung, Zornigkeit, Laune oder Mode der Züricher einen Zürichputsch nennen. Da nun die Züricher die ersten waren, die geputscht, so blieb der Name für all jene Bewegungen und bürgerte sich sogar in die weitere Sprache ein ...».

Widmer verliert ob seiner feurigen Unterstützung der radikal-liberalen Regierung nach dem Züri-Putsch die Stelle. Nur dank der finanziellen Hilfe eines Freundes kann er ein eigenes Lithographiegeschäft eröffnen.

Dann wird auch Zwysig Opfer seiner turbulenten Zeit: Er erlebt 1841 die Klosterschliessung im Kanton Aargau und wird aus dem Kloster Wettingen vertrieben; nach dem Sonderbundkrieg erlebt er das Gleiche nochmals im luzernischen Kloster Werthenstein.

Die Aussagekraft des Schweizerpsalms

Diese bewegte Epoche der Schweizer Geschichte spiegelt sich im Text des Schweizerpsalms deutlich: Nicht so, wie man es erwarten könnte, mit Hader oder gar Hass. Kampflieder gab es natürlich in jener Zeit, auch Leonhard Widmer hat solche verfasst. Der Schweizerpsalm aber ruft zum Zusammenstehen aller Schweizer auf, zur patriotischen Versöhnung, zur gemeinsamen Besinnung auf die freie Heimat – er ist ein staatsbürgerlicher Appell.

Betont wird eine Zusammengehörigkeit, die stärker ist als das Trennende. Die Strophen handeln von Werten, die über den Einzelnen und

den Augenblick hinausgehen: Die Heimat mit ihrer landschaftlichen Schönheit, die Gemeinschaft des Volkes, das Vertrauen auf Gott.

Heimat: Der Text spricht direkt zu uns. – Die Strophen beschreiben Morgenrot, Abendglühen, Nebelflor oder einen wilden Sturm. Damit können alle etwas anfangen; jeder hat schon einmal erlebt, wie diese Stimmungen die Landschaft verzaubern. So werden wir auch auf einer persönlichen Ebene angesprochen, wir erinnern uns an ein aufziehendes Gewitter, die sonnenbestrahlten Berge oder ein Nebelmeer. Und schon ist man gedanklich bei eindrücklichen Erlebnissen, die uns mit der grossartigen Landschaft der Schweiz verbinden – das ist Heimat!

Gemeinschaft: Besungen werden die freien Schweizer im hehren Vaterland. Der Liedtext erinnert uns daran, dass es Werte gibt, die jenseits der Tagespolitik liegen, dass es nicht nur individuelle, sondern auch gemeinsame Interessen gibt. Und dass vieles nur miteinander erreicht werden kann.

Zum Glück sind Widmer und Zwysig auch mit dieser Ansicht offenbar typische Kinder ihrer Zeit. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, dass nach dem Sonderbundkrieg die Wunden so schnell verheilten und 1848 mit der Bundesverfassung ein ausgewogener Kompromiss zwischen den Liberalen und den Konservativen zustande kommt, der dem Land eine glänzende Zukunft bringt.

Gottvertrauen: Der Text erinnert uns daran, wie klein wir Menschen vor der Natur und vor Gott sind, andererseits vermittelt er auch Gottvertrauen. Das passt gut zur Schweiz, wir wollen uns nicht selbst glorifizieren, wollen aber auch nicht vor Herausforderungen verzweifeln, sondern diese mit ru-

higem Selbstvertrauen angehen. Darum darf auch heute noch unsere Verfassung mit der Anrufung beginnen: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!»

Heimat, Gemeinschaft und Gottvertrauen, das sind Werte, auf die wir Menschen uns immer wieder besinnen können. Und die uns in guten Zeiten zu Bescheidenheit mahnen und in schlechten Zeiten Halt und Trost geben.

Die Botschaft des Schweizerpsalms wird verstanden. Sie macht ihn bei den Männerchören schnell populär, seit er 1843 am Eidgenössischen Sängertag in Zürich vorgetragen und vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen worden ist. Solche Sängertage sind Publikumsmagnete, auch die kleineren, regionalen Anlässe: 1835 findet beispielsweise in der Kirche Bauma ein Gesangsfest statt, an dem 600 Sänger auftraten. Und das damals, da man sich nicht einfach ins Auto setzen und hinfahren kann!

In dieser unruhigen Zeit gibt es ganz offensichtlich eine starke Sehnsucht nach dem Schönen und dem Gemeinsamen, das die Musik bietet. Wenn die Chöre vaterländische Lieder singen, entsteht über die Konfessionen, Stände und politischen Ansichten hinweg ein Sinn für Zusammengehörigkeit, der die Schweiz in dieser wichtigen Entwicklungsphase stark prägt – Auch da zeigt sich wieder das Verbindende der Musik.

So ist der Schweizerpsalm aus dem Volk, aus der bewegten Geschichte, aus dem reichen Kulturleben entstanden. Der Schweizerpsalm ist ein Zeitzeuge, aber trotzdem zeitlos; nicht ein altes Relikt aus vergangener Epoche, sondern eine stets aktuelle Erinnerung an gemeinsame Werte.

LESERBRIEF

Alt Bundesrat Couchepin und die EU

Alt Bundesrat Couchepin glaubt in seiner feudalistischen Arroganz immer noch, die Gegnerschaft eines EU-Beitritts bestünde mehrheitlich aus ungebildeten SVP-«Ideologen». Er traut dem einfachen Volk nicht zu, instinktiv erkannt zu haben, dass die EU eine Fehlkonstruktion gigantischen Ausmasses ist, erschaffen von politischen Eliten und regiert von gesichtslosen Bürokraten (Putsch von oben nach unten). In seiner überheblichen Art fährt er fort: «Der Druck der Realität ist grösser als alle ideologischen Argumente.» Der EU-Schwärmer und -Unterhändler Michael Ambühl doppelt nach, die Schweiz müsse sich vermehrt als verantwortungsvollen, solidarischen Partner sehen, statt nur nationale Interessen zu vertreten (in andern Worten, wir dürfen unsere Interessen nicht mehr wahrnehmen). Diese Worte könnten dem Mund eines anschlussfreudigen Zeitgenossen aus den Dreissigerjahren entstammen. Zum Vergleich ein Zitat des von General Guisan entlassenen hohen Offiziers Gustav Däniker: «Wenn die Schweiz in Europa tatsächlich eine ihr eigene und urreigenste Aufgabe erfüllen will, wenn sie also ein wahrhaft nützliches Glied in Europa zu sein bestrebt ist, dann hat sie sich in dieses Europa einzugliedern (gemeint war Hitler-Deutschland). Ein Mitwirken in einem neuen Europa verstösst keinesfalls gegen die Idee der Schweiz, sondern höchstens gegen einzelne veraltete und überlebte äussere Formen» (geschrieben 1941, Zitat «Weltwoche»).

Herr Couchepin hat offenbar die ganze Tragweite seiner «EU-Beitritzhymnen» nicht erkannt. Sonst würde ihm bewusst, dass unsere über Jahrhunderte erkämpfte schweizeri-

sche Demokratie durch einen EU-Beitritt in ihrem Mark erschüttert würde. Seit ein paar Monaten geht es nunmehr um die schleichende Unterwanderung durch eine sogenannte «bilaterale Integration» (einseitige Übernahme von EU-Recht), ohne Mitsprache des Volkes. Es darf nicht sein, dass die freiheitlichen Prinzipien unseres demokratischen Rechtsstaates dazu dienen, diesen auszubremsen und zu zersetzen. Wir haben die Pflicht, unser Staatswesen gegen jede Unterwanderung durch totalitäre Kräfte zu schützen! Wir dürfen nicht eines Tages aufwachen und erfahren, dass wir nun sämtliche EU-Gesetze und -Normen übernommen hätten und der nächste Schritt aus «Mitsprachegründen» (was für ein Hohn!) nur noch ein EU-Beitritt sein könnte. Nein! Herr Couchepin, wir wollen auch in ferner Zukunft die Frage eines Voll-Beitritts nicht erwägen! Wir schlagen zwar keine Türen zu, aber wir wollen auf gleicher Höhe mit einem gleichwertigen Partner verhandeln und ein fairer und unabhängiger Partner ausserhalb dieses einsturzgefährdeten babylonischen Riesengebildes sein. Wir wollen bewusst aus diesem Zug der Euro-Lemminge ausscheren, um nicht mit diesen in den drohenden Abgrund zu marschieren. Möge Herr Couchepin noch zur Kenntnis nehmen, dass eine Mehrheit unseres Volkes auch keine Milliarden-Geschenke an irgendwelche EU-Fonds zu verteilen wünscht, um vergangene Sünden verschwenderischer EU-Mitglieder auszugleichen. Solidarität ist nicht gleichbedeutend mit Selbstaufgabe und der Dummheit unbeschränkt haftender Idioten!

Robert Nieth, Walchwil

TERMINE 2012

Jetzt vormerken!

Dienstag	10. Januar	Büro der Parteileitung	
Freitag	20. Januar	Albisgütli-Tagung	Zürich
Dienstag	24. Januar	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	24. Januar	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	28. Januar	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	7. Februar	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Affoltern
	13. bis 24. Februar	Sportferien	
Samstag	18. Februar	12. Jass-Cup SVP Schweiz	
	27. Februar bis 16. März	Frühlingsession	
Sonntag	11. März	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Dienstag	13. März	Büro der Parteileitung	
	23. April bis 4. Mai	Frühjahrsferien	
	2. bis 4. Mai	Sondersession	
Samstag	5. Mai	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	8. Mai	Büro der Parteileitung	
Dienstag	15. Mai	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	15. Mai	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Dienstag	22. Mai	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Andelfingen
	28. Mai bis 15. Juni	Sommersession	
Sonntag	17. Juni	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Montag	18. Juni	Fraktionsausflug (1. Möglichkeit) provisorisch	
Dienstag	26. Juni	Büro der Parteileitung	
Dienstag	3. Juli	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	3. Juli	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	14. Juli	6. SVP-Grümpelturnier	Winterthur
	16. Juli bis 17. August	Sommerferien	
Dienstag	14. August	Büro der Parteileitung	
Samstag	25. August	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	28. August	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Pfäffikon
	10. bis 28. September	Herbstsession	
Montag	17. September	Fraktionsausflug (2. Möglichkeit) provisorisch	
Fr/Sa/So	21./22./23. September	SVP-Schiessen	Bezirk Affoltern
Sonntag	23. September	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Dienstag	2. Oktober	Büro der Parteileitung	
	8. bis 19. Oktober	Herbstferien	
Dienstag	23. Oktober	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten	
Dienstag	23. Oktober	Parteileitung / Kantonalvorstand	
Samstag	27. Oktober	Eidg. Delegiertenversammlung	
Dienstag	30. Oktober	Kant. Delegiertenversammlung	Bezirk Horgen
Sonntag	25. November	Eidg. und kantonale Volksabstimmung	
Dienstag	27. November	Büro der Parteileitung	
	26. Nov. bis 14. Dez.	Wintersession	
Montag	17. Dezember	Fraktionssessen Kantonsrat	

6.4./Karfreitag	9.4./Ostermontag	16.4./Sechseläuten	17.5./Auffahrt	28.5./Pfingstmontag	10.9./Knabenschüssen
-----------------	------------------	--------------------	----------------	---------------------	----------------------

Fadegrad

Endzeitstimmung?



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Die SVP konnte ihre Wahlziele nicht erreichen. Die Medien setzen sich nun intensiv mit dieser Situation auseinander. Das ist nicht aussergewöhnlich. Viele Leute haben eine Riesenfreude am Misserfolg der SVP. Liest man die Leserreaktionen in den Online-Portalen, überwiegen die hämischen und jubelnden Stellungnahmen. Allenthalben wird das Abtreten der «alten Garde» gefordert. Insbesondere Christoph Blocher solle ins zweite Glied treten und neuen Kräften Platz machen. Anscheinend haben sich auch amtierende Mandatsträger der Partei gegenüber Journalisten in diesem Sinn geäussert. Mit diesen Aussagen konfrontiert, reagiert die Parteiführung gereizt. Müssen wir uns nun darauf gefasst machen, dass die SVP sich selbst auflöst und den Weg der FDP geht? Ausgeschlossen ist das nicht, aber auch nicht besonders wahrscheinlich. Wenn wir uns umsehen, sind die Probleme nicht gelöst, um die sich die SVP kümmert. Die öffentlichen Ausgaben steigen ungebremst an, gleichzeitig hat die Wirtschaftskrise erst begonnen. Die Probleme im Asylbereich nehmen wieder zu und auch mit der öffentlichen Sicherheit ist es nicht besonders gut bestellt. Die EU denkt über Möglichkeiten nach, die EURO-Zone zu unterteilen, weil die Finanzierung des Rettungspaketes alles andere als gesichert ist. Die Strategie der SVP, also die Optimierung der Verhältnisse im eigenen Land zugunsten des privaten Sektors und das Einhalten einer vorsichtigen Distanz zur EU, ist nicht gescheitert. Immerhin brauchen wir niemandem zu erklären, was unsere politischen Ziele sind. Für den Ständerat kandidierten die höchsten Exponenten der Partei. Die Wahlziele wurden öffentlich kommuniziert. Klare Positionen, gepaart mit risikofreudigen Parteioxponenten sind nicht die Attribute einer lethargischen Partei. Wer wagt, kann auch verlieren. Gehen wir also über die Bücher und widmen wir uns der täglichen Arbeit. Diese betrifft nicht nur die Parteileitung, sondern jeden, der ein Mandat bekleidet. Es sind natürlich Leute auf der Strecke geblieben. Wenn über lange Jahre die Gleichen im Nationalrat sitzen, können andere nicht nachrutschen. Enttäuschte könnten den Moment der Schwäche nutzen, um sich selbst in den Vordergrund zu stellen. Aber, was für Nationalräte gilt, ist auch für die nächsttieferen Ebenen bedenkenswert. Wer gibt schon gern sein Kantonsratsmandat auf oder seinen Gemeinderatssitz? Wer lauthals nach jüngeren Kräften ruft, muss sich damit abfinden können, dass er selbst bereits zu alt ist. Wir müssen aufpassen, dass wir sachliche Kritik an der Wahlkampfstrategie nicht mit persönlichen Befindlichkeiten verwechseln. Es war von vorneherein ein Wagnis, sämtliche Parteioxponenten in den Ständeratswahlkampf zu werfen. Dass sie verloren, schmälert ihr Verdienst nicht. An den Bundesratswahlen hätte auch ein Sieg nichts geändert. Bei der Abwahl Blochers befand sich die SVP im Aufwind. Für Endzeitstimmung ist kein Anlass.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Jetzt auch noch goldene Kinderkrippen



BRUNO AMACKER
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 6

Man ist es sich ja mittlerweile gewohnt, sich als Gemeinderat beim Eingang durch eine Menge betroffener Wutbürger durchkämpfen zu müssen, um in den Ratsaal gelassen zu werden. Heute wurden zusätzlich viele Kleinkinder für diese Manifestation missbraucht, es ging um das Kinderhaus Entlisberg.

Ein trauriges Beispiel dafür, dass die Stadt Zürich nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben auf vernünftige Art und Weise zu erfüllen, sondern stets den Weg der überbeurteilten Luxuslösung wählt. Angefangen von WC-Häuschen, die so viel kosten wie eine Luxusvilla über Velounterführungen, die mehr kosten als ein Autobahntunnel bis zu, wie am letzten Sonntag an der Urne angenommen, einem Kiesplatz für 5 Millionen, einem goldenen Kiesplatz.

Heute wurde eine weitere Episode in diesem üblen Theater angesetzt. Es geht um den Ersatz von ein paar Containern einer Kinderkrippe in Wollishofen. Für einmal gründete unsere Ablehnung nicht in einer generellen und grundsätzlichen Ablehnung familienergänzender Kinderbetreuung. Denn tatsächlich scheint uns das Kinderhaus Entlisberg im Vergleich zu anderen Kinderbetreuungsangeboten eines zu sein, welches die Eigeninitiative der Eltern – im Gegensatz zu vielen anderen städtischen Projekten, welche familienersetzend (man könnte auch familienersetzend sagen) sind – fördert, anstatt diese zu unterbinden. Klar ist auch, dass die heutige Situation in den Containern nicht mehr tragbar ist. So sind diese arg von Schimmel befallen, undicht und modrig. Doch sie haben ihren Dienst hervorragend getan und es hat sich bewährt. Bei der seinerzeitigen Erstellung hat das modulare Projekt überzeugt, weil es ein schnelles, einfaches und preisgünstiges Konzept war, welches den wechselnden Bedingungen angepasst werden kann und eine grosse Flexibilität bietet. Ein rundum praktisches und pragmatisches Projekt, das zudem sehr wenig kostete.

Der Grund der Ablehnung liegt vielmehr in der Art und Weise wie der Ersatzneubau der Anlage geplant wurde und im erkorenen Projekt als solchen. Das vorliegende Konzept ist das pure

Gegenteil der heutigen Containeranlage. Das naheliegendste wäre eigentlich gewesen, die vergammelten Container einfach durch neue zu ersetzen. Doch wie eingangs gesagt, vernünftige Lösungen scheiden in der Stadt Zürich à priori aus und es wurde ein langes Architektur-Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Das erkorene Projekt ist nicht nur exorbitant teuer, sondern es ist auch absolut unzuverlässig. Vor allem aber wurde auch hier die Priorität nicht bei der Nutzerfreundlichkeit (also dem Kindeswohl) gesetzt, sondern bei der architektonischen Gestaltung.

In der Stadt Zürich muss im Baubereich festgestellt werden, dass schon seit Jahren das Primat der architektonischen Gestaltung herrscht. Dann kommen ökologische Aspekte und an letzter Stelle folgen die Bedürfnisse der Bürger. «Function follows form» lautet die Losung. So auch bei diesem Projekt. Immerhin ist die Stadt so ehrlich, dies auch so zu schreiben. So schrieb das Fachgremium zum ausserkorenen Projekt den folgenden, bemerkenswerten Satz: «Den Betreuungspersonen und Kindern bleibt genügend Spielraum zu eigenen Entfaltung, ohne dass gleich eine Störung des architektonischen Konzepts zu befürchten ist.» 3 Millionen Franken für ein Projekt, bei dem in erster Linie das architektonische Konzept zählt und dass drum ausgewählt wurde, weil nicht befürchtet werden muss, dass der «architektonische Störfaktor» Kinder und Betreuer allzu stark ins Gewicht fallen wird? Das hat mit vernünftigen Vorstellungen über eine kindergerechte Baute nichts mehr zu tun. Rechnet man für den Bodenpreis noch drei Millionen Franken dazu, so kommt man auf Gesamtkosten von 6 Millionen Franken. Jeder der nur ein klein wenig die Marktverhältnisse im Immobiliensektor kennt, weiss, was dies heisst. Und was man für 6 Millionen Franken bekommt: Eine luxuriöse Villa oder ein Mehrfamilienhaus. Dass nun aber ein Ersatzpavillon für ein paar Baucontainer so viel kosten soll, das ist völlig absurd. So etwas können wir nicht unterstützen und es ist ernsthaft zu fragen, wie das andere Parteien können. Die Antwort haben wir heute nicht bekommen, da das Geschäft nicht abgeschlossen werden konnte. Man braucht aber kein Hellseher zu sein um zu wissen, dass die anderen Parteien alles kritiklos durchwinken werden.

MEDIENMITTEILUNG

Umsetzung des Volksentscheids zum gemeinnützigen Wohnungsbau

Ungebremste Zuwanderung und knapper Wohnraum sei Dank – Schweizer Mittelstand soll sich mit kleineren Wohnungen begnügen

GEMEINDERAT ROGER LIEBI
SVP-STADTPARTEIPRÄSIDENT

GEMEINDERAT MAURO TUENA
FRAKTIONSCHIEF, ZÜRICH 4/5

Lange wehrte sich der Stadtrat zusammen mit der SVP gegen die Einführung der 33%-Klausel für gemeinnützigen Wohnungsbau, da er die Umsetzung für utopisch und die Kosten für zu hoch empfand.

Erst mit einem Zeitungsinterview vom 19. November 2011, als sich Stadtpräsidentin Mauch aktiv, wohl auch auf Druck ihrer Partei, für die Vorlage einsetzte, drehte offenbar die Meinung des Stadtrates.

Die heutige Pressekonferenz und die Präsenz der Stadträte vom vergangenen Sonntag zeigt überdeutlich auf, dass sich in dieser Beziehung und auch im Hinblick auf die Finanzen der Stadt Zürich ein Bruch in der Stadtregerung ergeben hat.

Währenddem Stadtpräsidentin Mauch auf die Frage nach den Kosten der zwangsweisen Erhöhung des gemeinnützigen Wohnungsbaus komplett ausgewichen ist, ja sogar bezweifelte, dass die Umsetzung richtig teuer werde, bekräftigte Finanzvorstand Vollenwyder heute exakt seine schon länger gehegten Bedenken, in dem er wörtlich meinte «es werde um sehr viel Geld gehen».

Man muss sich fragen wie lange der freisinnige Finanzvorstand diesen tiefroten Angriff auf die von ihm verwalteten Finanzen der Stadt noch gefallen, oder wie lange er diesen Angriff auf seine Politik noch mit sich geschehen lässt.

Die Initianten der Vorlage gaukelten ganz offensichtlich vor, dass mit Annahme der Initiative die Wohnungen einfach billiger (bezahlbar) würden. In keinem Wort wurde erwähnt, dass die Umsetzung zu einem erheblichen Umdenken im Qualitätsbereich führen wird und muss.

Genau dies ist jetzt der Fall, zumindest nach den Plänen des Stadtrates.

Es soll und muss qualitativ tieferwertiger gebaut werden und erst noch mit kleineren Räumen. «Eine Nasszelle muss reichen», meinte Vollenwyder heute.

Die von der SVP befürchteten und beschriebenen Szenarien, nämlich die Angleichung an die Wohnbaupolitik untergegangener Systeme im Osten Europas, nehmen ganz offensichtlich Konturen an.

Der Schweizer Mittelstand zahlt doppelt und dreifach für die ungebremste Zuwanderung: Kleinere Wohnungen, weniger Qualität, Aussicht auf höhere Steuern infolge einer zunehmenden Schuldenlast und last but not least Druck auf Löhne und Arbeitsplatzsicherheit.

Rechthaberische Stadträtin Nielsen schmort im eigenen Saft

Manchmal fragt man sich, wie es jemand in den Stadtrat schafft. Bei gewissen Leuten wird der Schleier der Unwissenheit kaum je gelüftet. Vielleicht genügt, es, einfach bei der SP zu sein – wie Claudia Nielsen – und zu nerven wie kaum jemand sonst. Es wird dann portiert – vielleicht weil man Ruhe will – und die Wahl ist so gut wie sicher. So dürfte sich fortan der ganze Rat regelässig nerven; und über die Kultur im Departement – hier im Gesundheits- und Umweltsportdepartement – schweigen selbst die sonst von den Dächern pfeifenden Spatzen.



B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Eigentlich hat Frau Stadträtin Claudia Nielsen, Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltsportdepartementes seit Frühling 2010 immer Recht. So scheint es jedenfalls zu sein, von der Wirkung ihrer unfehlbar scheinenden Ausstrahlung her gesehen.

An den Wänden hoch bis ...

Auch im Zusammenhang mit der Elimination der Stelle des Stadtarztes ist die zuständige Stadträtin Claudia Nielsen (SP) ins Gerede gekommen: Weil der bisherige Amtsinhaber Albert Wettstein in den Ruhestand tritt, müsste ein Nachfolger gefunden werden. Doch als Stadträtin Nielsen alle Kandidaturen als untauglich verwarf und auf eine Streichung der Stelle hinarbeitete, wurde Kritik an ihrem Führungsstil laut. Und das Kader im Departement kann einem leid tun.

Und es ist eine Kritik, die verständlich ist, weil der Umgang und die Art der Kommunikation von Frau Stadträtin Nielsen viele Ratsmitglieder auf den verschiedenen Seiten nachhaltig nervt. Ihre Besserwisserei und Selbstgefälligkeit schreibt – über die quäkende Tonalität hinaus – in der Tat einige Legenden. Stelle man diese Magistratin auf den Kopf, dann würden

die im Kopfstand hochgezogenen Mundwinkel einiges an Heiterkeit vermuten lassen.

So hatte der Schreibende einst als Präsident der Verkehrskommission das zweifelhafte Vergnügen, mit der damaligen Gemeinderätin Claudia Nielsen zusammenarbeiten zu müssen – auch als Vizepräsidentin dieser Kommission umgab sie die Aura der Unfehlbarkeit. Als einmal abgesprochen war, dass einige Referenten aus der Verwaltung ein Sachthema knapp vorstellen und bloss kurze Verständnisfragen gestellt werden, hob Vizepräsidentin Nielsen ab, startete durch und redete – statt einfach eine Frage zu stellen – mindestens doppelt so lang wie alle Vertreter aus der Verwaltung zusammen.

... zum Flug durch den Dachstock

Diplomatisch bedankte sich der Präsident bei Frau Nielsen «für das ausführliche Koreferat» – unkommentiert konnte man die krasse Verletzung der Spielregeln denn doch nicht durchgehen lassen. Worauf sich Vizepräsidentin Nielsen «über diese Frechheit» derart empörte, dass sie sozusagen nicht nur an die Decke flog, sondern gleich durch den ganzen Dachstock hindurch. Sekundiert wurde sie noch von ihrer Fraktionschefin, der in der Zwischenzeit in der Versenkung verschwundenen Judith Bucher. In der Folge war dann das Klima bis ans Ende der Legislatur vergiftet.

Schweizerische Volkspartei
Stadt Zürich Kreis 3

Postfach
8036 Zürich

www.svp3.ch
PC 80-14700-3



Stamm SVP Stadt Zürich Kreis 3 Termine 2012



Montag, 2. Januar
Montag, 6. Februar
Montag, 5. März
Montag, 2. April
Montag, 7. Mai
Montag, 4. Juni
Montag, 2. Juli
Montag, 6. August
Montag, 3. September
Montag, 1. Oktober
Montag, 5. November
Montag, 3. Dezember

Wo: Restaurant Falcone
Birmensdorferstrasse 150, 8003 Zürich
(direkt bei der Haltestelle Schmiede Wiedikon)

Wann: jeweils ab 19:00 Uhr
(je nach Witterung am runden Tisch im Restaurant oder auf der Gartenterrasse)

Auf Ihre rege Teilnahme freut sich
SVP Stadt Zürich Kreis 3



Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAVSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 5. Dezember 2011, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Partehöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birrmenndorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10

Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss

Jeden letzten Dienstag im Monat,

ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 5. Dezember 2011, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Parteiversammlung mit anschliessendem Chlaushock.

Bezirk Pfäffikon / Bauma

Dienstag, 6. Dezember 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Bahnhof, Parteiversammlung. Traktanden: Geschäfte der Gemeindeversammlung.

Montag, 12. Dezember 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Frohsinn, Gemeindeversammlung. Anschliessend Schlusshöck.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Freitag, 2. Dezember 2011, 19.00 Uhr, in der Scheune von Ernst und Ramona Graf, Niederfeldstrasse 44, Winterthur, Chlausabend. Kosten: Erwachsene 35 Franken, Kinder 15 Franken (Essen inkl. Dessert). Getränke werden separat verrechnet. Gastredner ist Nationalrat Jürg Stahl. Auch Freunde und Familienmitglieder sind herzlich willkommen! Die Platzzahl ist beschränkt, die Anmeldungen werden nach dem Eingang berücksichtigt. Organisation: Claudia Märki und Doris Steiner. Anmeldung bis spätestens Dienstag, 15. November 2011, an: Doris Steiner, Riedhofstrasse 98, 8408 Winterthur, Telefon 052 222 28 86 oder per E-Mail: anmeldung-chlaus-abig@svp-winterthur.ch. Bitte Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder nicht vergessen! Parkplätze vorhanden. Bus Nr. 7 bis Haltestelle Niederfeld.

Stadt Zürich / Kreis 3

Donnerstag, 8. Dezember 2011, ab 19.45 Uhr, Restaurant Schützenruh, Uetlibergstrasse 300, Zürich, Jass- und Kegelaabend.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Schweiz

Dienstag, 29. November 2011 bis Sonntag, 4. Dezember 2011, Studienreise «Besuch der UNO New York». Wir wollen die UNO, insbe-

sondere die Arbeit der ständigen Schweizer Mission sowie unser Generalkonsulat in New York näher kennen lernen. In einem ganztägigen Besuch treffen wir die verschiedenen Vertreter und erfahren mehr über ihre Aufgabe und Tätigkeit. Der Besuch wird abgerundet mit einem Rundgang durch das UNO-Gebäude. Weiter besuchen wir das Christmas Spectacular in der Radio City Music Hall. Sie sind herzlich willkommen! Übernachtung: 4-Sterne-Hotel Hemsley, Pauschalpreis ab Zürich: Fr. 2290.00 Basis Doppelzimmer / Fr. 2985.00 Basis Einzelzimmer. Teilnehmerzahl 30 Personen. Die Reise wird für alle SVP-Mitglieder organisiert und wird begleitet von Rita Gyax, Präsidentin SVP-Frauen Schweiz und Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. Kontakt: ritagyax@hotmail.com.

SVP-Frauen Stadt Zürich

Dienstag, 13. Dezember 2011, 19.00 Uhr, Restaurant Limmattberg, Limmattalstrasse 228, Zürich, Adventsessen. Parkplätze vorhanden. Mit dem ÖV: Tram Nr. 13 und Bus Nr. 80 bis «Zwielplatz». Apéro wird offeriert. Menü: Kleiner grüner Salat, Spaghettiplausch. Preis: Fr. 25.50 p.P. Unser Mitglied, Susanne Peter, sorgt für musikalische Unterhaltung und Humor! Um Anmeldung wird gebeten bis spätestens Freitag, 9. Dezember 2011, an Aktuariat c/o Anita R. Nideröst, Regensdorferstrasse 77a, 8049 Zürich, Tel. 044 341 95 00,

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

E-Mail: info@frauen-svp-stadt-zuerich.ch. Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 15.– erhoben. Gäste sind herzlich willkommen!

Montag, 30. Januar 2012, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP Frauen Stadt Zürich

Adventsessen

Dienstag, 13. Dezember 2011, 19.00 Uhr
Rest. Limmattberg, Limmattalstr. 228, 8049 Zürich

Parkplätze vorhanden. Mit dem ÖV: Tram Nr. 13 und Bus Nr. 80 bis «Zwielplatz»



Liebe Frauen
Es ist schon wieder so weit!
Auch dieses Jahr lade ich euch herzlich zum Adventsessen ein.

Unser Mitglied, Susanna Peter, sorgt für musikalische Unterhaltung und Humor!

Apéro

(offeriert durch unsere Gemeinderätin *Hedy Schlatter*)

Spaghettiplausch

Fr. 25.50

Gäste sind herzlich willkommen!

Ich freue mich auf ein gemütliches Beisammensein in der Vorweihnachtszeit.

Um eine Anmeldung wird gebeten. Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 15.– erhoben.

Vielen Dank.

Anmeldung an unten stehende Adresse bis spätestens **9. Dezember 2011**

Name / Vorname _____
Telefon: _____ E-Mail: _____
Anzahl Personen: _____

Herzliche Grüsse

Margrit Haller
Präsidentin

Aktuariat: c/o Anita R. Nideröst, Regensdorferstr. 77a, 8049 Zürich,
Tel. 044 341 95 00 / Fax 043 536 48 31 / E-Mail: a.nideroest@swissonline.ch
www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch / info@frauen-svp-stadt-zuerich.ch



Schweizerische Volkspartei
Stadt Zürich Kreis 3

Postfach
8036 Zürich

www.svp3.ch
PC 80-14700-3



Ihre SVP Stadt Zürich Kreis 3 lädt Sie herzlichst ein zum

Traditionellen Jass- und Kegelaabend



Wann: Donnerstag, 8. Dezember 2011
ab 19:45 Uhr

Wo: Kegelbahn
Restaurant Schützenruh
Uetlibergstrasse 300, 8045 Zürich
(schräg gegenüber Haltestelle Strassenverkehrsamt)

Auf Ihre rege Teilnahme freut sich Ihre SVP Stadt Zürich Kreis 3